

# Asien als strategische Herausforderung für die USA

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2005

Jana Dorband / Katrin Jordan

Während das politische Tagesgeschehen in den USA weiterhin von der Stabilisierung der Lage im Nahen und Mittleren Osten bestimmt wird, hat sich der akademische Fokus in den letzten Monaten weiter ostwärts auf den asiatischen Raum verschoben. Der Aufstieg Chinas wird zunehmend als die entscheidende strategische Herausforderung des 21. Jahrhunderts interpretiert und als eine Bedrohung nicht nur der nationalen Interessen der USA wahrgenommen, sondern auch der Stabilität des gesamten internationalen Systems. Es herrscht jedoch kein Konsens darüber, wie mit dieser sowohl sicherheits- als auch wirtschaftspolitischen Herausforderung umgegangen werden sollte.

Wie schon in den neunziger Jahren bewegt sich die amerikanische Chinadebatte auch heute zwischen zwei konträren Grundpositionen: den Befürwortern des Engagement-Ansatzes stehen die Vertreter der Bedrohungs-Schule gegenüber. Die aktuelle Diskussion geht jedoch über einen bloßen Austausch gegensätzlicher Argumente hinaus, indem sie sich spezifischen Problemfeldern zuwendet und konkrete Lösungsansätze entwickelt.

## Ein zweiter Kalter Krieg?

Wie wird sich das aufsteigende China in der internationalen Staatengemeinschaft positionieren, und wie werden sich die USA

dazu stellen? Unter dem provokanten Titel »How We Would Fight China« befaßt sich **Robert Kaplan** in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift *The Atlantic* aus einer klassisch realistischen Perspektive mit dieser Frage. Ausgehend von der These, daß China die derzeit größte konventionelle Bedrohung für die USA darstellt, entwirft er das Szenario eines »zweiten Kalten Krieges« mit geographischem Schwerpunkt im Pazifik und entwickelt konkrete Vorschläge, wie die USA aus militärischer Sicht dieser strategischen Herausforderung begegnen müßten.

Kaplan erwartet, daß sich der strategische Schwerpunkt von Europa in den Pazifik verlagern wird, während der Nahe und Mittlere Osten seine zentrale Stellung

bald einbüßen werde. Die NATO als konventionelles Verteidigungsbündnis sei den weltpolitischen Bedrohungen von heute nicht mehr gewachsen. Die entscheidenden verteidigungspolitischen Aufgaben im Pazifik müsse daher fortan – analog zur ehemaligen Rolle der NATO in Europa – das U.S. Pacific Command (PACOM) wahrnehmen.

Kaplan sieht den Aufstieg Chinas zu einer Großmacht als unabwendbar an. Wie die Geschichte gezeigt habe, folgten aufsteigende Großmächte meist einem expansionistischen Impuls und stellten insofern eine Gefahr für die Stabilität des internationalen Systems dar. Das 21. Jahrhundert werde daher mit großer Wahrscheinlichkeit von einer militärischen Konfrontation zwischen China und den USA bestimmt sein. Auch wenn ein großer Krieg wohl verhindert werden könne, müssten sich die USA ähnlich wie während des Kalten Krieges auf eine Serie regionaler Krisen und militärischer Auseinandersetzungen einstellen. Angesichts dieser neuen strategischen Herausforderung sei die amerikanische Außenpolitik gezwungen, sich auf die traditionelle Realpolitik moderater Republikaner wie Richard Nixon, Gerald Ford oder George Bush senior zu besinnen.

Das geeignetste Mittel, der chinesischen Bedrohung entgegenzutreten, sei eine feste Allianz der USA mit Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum (Japan, Südkorea, Thailand, Singapur, Australien, Neuseeland und Indien). Ziel eines solchen *PACOM Alliance System* müßte die langfristige strategische Neutralisation der Großmacht China sein. Die Allianz solle eine ähnliche Rolle spielen, wie die NATO sie für die Beendigung des Ost-West-Konfliktes gespielt habe. Es sei außerdem im Interesse der USA, die NATO unter amerikanischer Führung in ihrer militärischen Kapazität wiederzubeleben und als strategisches Gegengewicht zu China einzusetzen. In einer gestärkten Europäischen Union mit eigener Verteidigungsstruktur sieht Kaplan hingegen die potentielle Gefahr einer europäisch-chinesischen Allianz.

Für Kaplan ist eine Außenpolitik illusionär, die sich auf liberale Grundwerte wie multilaterale Konfliktbewältigung stützt. Die Rückkehr zu einer traditionellen Machtpolitik sei unabwendbar.

## Multilaterale Kooperation?

Eine diametral entgegengesetzte Position vertritt **Francis Fukuyama**, Professor für Internationale Politische Ökonomie an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University. In seinem Artikel »Re-envisioning Asia«, erschienen in *Foreign Affairs*, plädiert er für eine Neuorientierung amerikanischer Asienpolitik, die sich an den Grundwerten der liberalen Schule der Internationalen Beziehungen orientiert. Nicht die Isolation und Eindämmung Chinas sei anzustreben, sondern die Schaffung einer multilateralen Sicherheitsarchitektur für die gesamte Region.

Die Sicherheitsarchitektur in Asien basiere derzeit auf einer Aneinanderreihung bilateraler Allianzen mit Washington. Diese Struktur sei ein Relikt aus den Tagen des Kalten Krieges und als solche ungeeignet, mit aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region umzugehen. Fukuyama wirft der amerikanischen Regierung vor, sie hätte es versäumt, eine neue und nachhaltige Strategie für diesen Großraum zu entwickeln. Washingtons Asienpolitik beschränke sich lediglich auf Konfliktmanagement und Krisenbewältigung. Eine zentrale Aufgabe, der sich die Bush-Administration daher in der zweiten Amtszeit stellen müsse, sei es, in Ergänzung der bestehenden bilateralen Abkommen einen neuen institutionellen Rahmen für die Sicherheitspolitik der Region zu schaffen. Fukuyama sieht die Entwicklung des asiatischen Multilateralismus aus ökonomischer (Verstärkung transnationaler Zusammenarbeit) ebenso wie aus politischer Sicht (Eindämmung nationalistischer Tendenzen) als unabdingbar an.

Als ersten Schritt in diese Richtung schlägt Fukuyama vor, die *Six-Party Talks*, die derzeit zwischen einer multilateralen Verhandlungsgruppe (USA, China, Japan, Rußland, Südkorea) und Nordkorea stattfinden, in ein permanentes *Five Power Forum* umzuwandeln und dessen sicherheitspolitisches Themenspektrum gleichzeitig über den nordkoreanischen Nuklearkonflikt hinaus zu erweitern. Langfristig könnte sich diese Kernorganisation auf diese Weise zu einer größeren multilateralen Asienorganisation entwickeln.

Für die amerikanische Chinapolitik sieht Fukuyama in diesem integrativen Ansatz den einzig gangbaren Weg. Eine Isolationspolitik sei schon allein deshalb nicht möglich, weil keiner der asiatischen Alliierten – nicht einmal Japan – bereit sei, durch den Beitritt zu einer anti-chinesischen Koalition seine bilateralen Beziehungen mit Peking zu gefährden. Außerdem habe sich die Strategie der internationalen Einbindung Chinas im Zuge des WTO-Beitritts bereits als sehr effektiv erwiesen.

Wie Kaplan wagt auch Fukuyama am Ende seiner Analyse einen über die Asienpolitik hinausreichenden normativen Ausblick auf die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik. Die USA als einzige Supermacht hätten die moralische Verpflichtung, globale öffentliche Güter bereitzustellen. Sie dürften sich dabei nicht auf das Ausüben militärischer Macht beschränken. Vielmehr sollten sich die USA aktiv und konstruktiv an der Gestaltung eines dauerhaften internationalen Systems beteiligen – wie sie es bereits nach 1945 getan hätten. Eine geeignete Strategie, sich dieser Verantwortung zu stellen, sei der Aufbau einer globalen Sicherheitsarchitektur, die auf einem Verbund regionaler multilateraler Organisationen beruhe. Fukuyama hält eine solche Struktur für handlungsfähiger als das bestehende UN-System.

Europa spielt sowohl bei Kaplans Konfliktszenario als auch bei Fukuyamas institutionellem Ansatz eine lediglich marginale Rolle. Anders bei dem Politikwissenschaftler und Direktor des *China Policy*

*Program* der George Washington University, **David Shambaugh**. Er sieht in den transatlantischen Beziehungen ein Kernelement künftiger amerikanischer Asienpolitik. Das internationale System sei von einer neuen geopolitischen Ordnungsstruktur geprägt, die Shambaugh in seinem Artikel im *Washington Quarterly* als »new strategic triangle« bezeichnet. Dieses strategische Dreieck bestehe aus den Kontinentalmächten USA, China und der EU, die zusammen nicht nur wirtschaftlich und militärisch dominierten, sondern weltweit auch das größte normative und politische Gewicht hätten. Ungeachtet dessen werde die Analyse der Interaktionsmuster dieser drei Akteure bislang vernachlässigt. Mit seinem Artikel will Shambaugh daher sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die divergierenden Tendenzen in der europäischen und der amerikanischen Chinapolitik aufzeigen und eine konkrete Strategie für die politische Gestaltung dieser Dreiecksbeziehung entwerfen.

Shambaugh betont, daß die europäische und die amerikanische Chinapolitik grundsätzlich gleiche Ziele verfolgen. Dazu zählten: die Stärkung der globalen Rolle Chinas durch die Integration in das internationale System, die Wahrung der Menschenrechte und Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) und die vollständige Implementierung der WTO-Richtlinien.

Ein zentrales transatlantisches Konfliktfeld ergebe sich jedoch aus einer divergierenden Wahrnehmung und strategischen Einschätzung des chinesischen Aufstiegs. In den USA sei der China-Diskurs in erster Linie von der Analyse des Anwachsens der militärischen Macht (*hard power*) Chinas und dessen Auswirkungen auf die nationale Sicherheit der USA dominiert. Der Fokus läge somit auf China als externem geopolitischem Akteur. In Europa hingegen werde Chinas Aufstieg in erster Linie als Prozeß innerer Transformation und Reform im Übergang von einem sozialistischen zu

einem marktwirtschaftlichen System interpretiert.

Angesichts dieser Divergenzen, die in unterschiedlichen Politikansätzen resultierten, müsse Washington in einen ständigen strategischen Dialog mit Brüssel treten. Um einer potentiellen Destabilisierung der internationalen Ordnung als Folge des chinesischen Aufstiegs entgegenzuwirken, sollten außerdem regelmäßige trilaterale Konsultationen der drei »Weltmächte« USA, EU und China stattfinden. Nur durch eine enge Kooperation könne dieses neue strategische Dreieck seiner ordnungspolitischen Aufgabe der *global governance* gerecht werden.

### Deeskalationsstrategien für Nordkorea: Peking als Vermittler?

Neben dem Aufstieg Chinas wird vor allem die Entwicklung Nordkoreas zur Nuklearmacht als enormes Sicherheitsrisiko nicht nur für die Stabilität Asiens, sondern auch für das gesamte internationale System angesehen. In diese Richtung argumentiert der Asienexperte **Dinshaw Mistry**, Professor für Politikwissenschaft an der University of Cincinnati, in der Fachzeitschrift *Current History*, die ihre Aprilausgabe dem Themenfeld der nuklearen Aufrüstung und Proliferation widmet.

Die internationale Gemeinschaft habe es, so Mistry, nach dem Ende des Kalten Krieges versäumt, das nukleare Nichtverbreitungsregime in Asien zu stärken. Die Folge sei eine Reihe ernstzunehmender strategischer Konfliktfelder und Sicherheitsrisiken in der Region:

- ▶ Fortsetzung der nuklearen Aufrüstung in Nordkorea;
- ▶ unkontrollierter Technologietransfer in Drittländer;
- ▶ Einsatz nuklearer Waffen in Südasien;
- ▶ Rüstungswettlauf zwischen China, Indien und Pakistan.

Die Beilegung des Atomstreits mit Nordkorea, so Mistry, sei der Schlüssel für eine erfolgreiche nukleare Nichtverbreitungs-

politik in ganz Asien. Nur so könne das nukleare Gefahren- und Eskalationspotential der Region unter Kontrolle gehalten werden.

Mistry schlägt eine Strategie des *engagement* vor: Washington solle seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Nordkorea normalisieren. Dazu müssten die USA alle Sanktionen aufheben, ökonomische und humanitäre Unterstützung leisten, diplomatische Vertretungen einrichten und den Konflikt formell beenden. Zusätzlich müssten dem Land umfassende Sicherheitsgarantien (keine Invasion, kein nuklearer Angriff, kein Regimesturz) gegeben werden.

Peking kann für den Deeskalationsprozeß zwischen den USA und Nordkorea nach Meinung von **Anne Wu**, Fellow am Belfer Center for Science and International Affairs (Harvard University) und ehemalige Mitarbeiterin im chinesischen Außenministerium, eine wichtige Rolle spielen. Im *Washington Quarterly* lotet sie Chinas Potential als Vermittler aus und sieht es angesichts der jüngsten Entwicklungen durchaus als gegeben an. So habe sich die politische Dynamik der bilateralen Beziehungen zwischen China und Nordkorea einerseits, China und den USA andererseits in den letzten Jahren grundlegend verschoben. Eine Annäherung zwischen Peking und Washington korrespondiere mit einer zusehends kritischen Haltung Chinas zur Politik Nordkoreas.

Wu illustriert die neue politische Haltung Pekings anhand einer Reihe politischer Signale, die Peking an Pyöngyang sende: (1) China fordere Nordkorea explizit dazu auf, das Nuklearprogramm einzustellen, und verabschiede sich damit von seiner vormaligen Position, daß dieser Konflikt einzig eine Angelegenheit zwischen Nordkorea, Südkorea, den USA und der Internationalen Atomenergiebehörde sei. (2) China setze sich aktiv dafür ein, Kim Jong Il für trilaterale Dialoge (USA, China, Nordkorea) zu gewinnen. (3) China zeige Verständnis für Nordkoreas wirtschaftliche und sicherheitspolitische Belange und

signalisiere Entgegenkommen. (4) Dennoch verstehe sich China nicht länger als Nordkoreas »großer Bruder« und sehe sich nicht mehr zu uneingeschränkter Unterstützung verpflichtet. (5) Auch wenn China noch immer nicht zu wirtschaftlichen Sanktionen bereit sei, versuche es dennoch, Nordkorea auf dem Verhandlungsweg zu ökonomischen Reformen zu bewegen.

Durch diese Aktivitäten und Signale positioniert sich China, so Wu, zunehmend als ehrlicher Vermittler. Wenn die Führung in Peking nun auch bereit sei, diese Rolle explizit zu übernehmen, könnte sie nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Beilegung des Atomstreits leisten, sondern darüber hinaus Chinas Stellung in der internationalen Staatengemeinschaft stärken und sein Image als globaler Akteur aufbessern.

### Konkurrenz um Energieressourcen

Nicht nur in der Sicherheits-, sondern auch in der Energie- und Handelspolitik liegt Konfliktpotential. In der Sommerausgabe von *National Interest* äußert **Ian Bremmer** die Vermutung, daß vor allem *ein* Faktor die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in bisher ungekannter Intensität belasten könne: der Drang Chinas, sich einen langfristigen und sicheren Zugang zu ausländischen Ölvorkommen zu verschaffen. Bremmer ist Wissenschaftler beim *World Policy Institute* und derzeit Präsident der *Eurasia Group*, einer Einrichtung, die mit Büros in New York, Washington, DC und London geopolitische Risiken erforscht und dazu Beratung anbietet. Nach Bremmer definiert China seine nationalen Interessen heute sehr viel breiter und gibt damit seine traditionelle Zurückhaltung in Bereichen der internationalen Politik auf, die diese Interessen nicht unmittelbar betreffen.

Ausschlaggebend für diesen Wandel seien auch innenpolitische Faktoren: Die Führung in Peking habe erkannt, daß langfristige innenpolitische Stabilität nur durch

ein höheres Wohlstandsniveau der Bevölkerung gesichert werden könne. Wohlstand beruhe auf nachhaltigem, langfristigem Wirtschaftswachstum und dieses wiederum auf einer ausreichenden Energieversorgung. Schon heute müsse China etwa die Hälfte seines Ölbedarfs importieren, und dieser Anteil werde weiter steigen. Auch der Rohölbedarf des Landes sei in den letzten 15 Jahren jährlich um sieben Prozent gewachsen.

Der Drang Chinas nach Öl bringe vor allem auch im sicherheitspolitischen Bereich ein großes Potential für Spannungen zwischen Peking und Washington mit sich. China engagiere sich politisch verstärkt in sehr instabilen Regionen der Welt und solchen, in denen die USA seit dem Ende des Kalten Krieges nahezu als einzige Macht Einfluß ausüben konnten (z.B. in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten oder in Lateinamerika).

So unterzeichnete China im November 2004 gemeinsam mit dem Iran eine Absichtserklärung, um den »größten Energievertrag in der iranischen Geschichte« vorzubereiten, dessen Wert auf 70 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Kurz nach der Unterzeichnung erklärte China, daß es Versuche der USA, im Sicherheitsrat der UN Sanktionen gegen den Iran durchzusetzen, nicht unterstützen würde. Damit sei China, so Bremmer, zum massivsten Hindernis eines effektiven multilateralen Vorgehens gegen den Iran geworden.

Harte Konflikte zeichneten sich auch bei der Nutzung der Energievorkommen im Sudan und in Rußland ab. Selbst bis nach Kanada und auf den lateinamerikanischen Kontinent habe China seine Bemühungen ausgedehnt, sich einen langfristigen Zugang zu Energieressourcen zu sichern. Im Interesse der Sicherung des Zugangs zu diesen strategisch wichtigen Ressourcen sei Peking auch bereit, Preise für Rohöl zu zahlen, die über dem Marktpreis liegen. Dies treibe die Preise auf dem globalen Ölmarkt insgesamt nach oben und habe damit Auswirkungen auf alle ölimportie-

renden Länder, vor allem auf den weltweit größten Rohölimporteur: die USA.

Bremmer schließt mit dem Hinweis, daß sich die USA in ihrer energiepolitischen Strategie gegenüber China in einem grundsätzlichen Dilemma befänden. Eine Strategie des *engagement* könne zwar bilaterale Konfliktfelder zwischen China und den USA eindämmen – zum Beispiel durch das U.S.–China Renewable Energy Development and Energy Efficiency Protocol, das auf die Erhöhung der Energieeffizienz Chinas und des Anteils regenerativer Energien abzielt. Auf der anderen Seite aber könne eine Stärkung des Energiesektors in China nachhaltig zur Modernisierung und Aufstockung der militärischen Kapazitäten und so zur regionalen Destabilisierung beitragen.

### **Wirtschaftliche und handelspolitische Spannungen**

Angesichts des immensen und weiter steigenden US-Handelsbilanzdefizits mit China und im Zuge des Aufstiegs der Wirtschaftsmacht Chinas im globalen System sind in den USA vermehrt Vorwürfe laut geworden, China verfolge mit der Anbindung seiner Währung an den Dollar eine Politik der strategischen Unterbewertung und verschaffe sich auf diese Weise unfaire Handelsvorteile.

Dieser Ansicht ist beispielsweise **Nicholas R. Lardy**, Chinaexperte beim *Institute for International Economics* in Washington, DC. Lardy vertritt in der Winterausgabe 2005 des *Cato Journal* die These, daß die Überschüsse in der chinesischen Leistungsbilanz weiter kräftig anwachsen werden und dies als Zeichen für die Unterbewertung des Yuan gelten kann. Lardy nennt vor allem zwei Gründe, die für weitere Überschüsse in der chinesischen Leistungsbilanz sprechen:

1. Es sei wahrscheinlich, daß bei einer von ihm prognostizierten Abschwächung der chinesischen Wirtschaft die Importe im Verhältnis zu den Exporten stärker zurückgehen und damit Handels- und Leistungs-

bilanz höhere Überschüsse aufweisen würden.

2. Die chinesische Währung habe durch die Anbindung an den Dollar in den letzten Jahren real an Wert verloren. Die Auswirkungen dieser Abwertung machten sich allerdings nur mit zeitlicher Verzögerung im Außenhandel bemerkbar, so daß auch aus diesem Grunde mit weiteren Überschüssen in der Handelsbilanz gerechnet werden müsse.

Die Hauptursache für die ausgebliebene Anpassung des Wechselkurses liegt Lardy zufolge in der aggressiven wachstumsfördernden Strategie der chinesischen Führung. Seit dem ersten Quartal 2003 setze Peking auf eine expansive Geldpolitik, zunächst um mögliche negative Effekte der SARS-Epidemie auf die chinesische Wirtschaft abzdämpfen. Diese monetäre Expansion habe so immense Investitionssteigerungen zur Folge gehabt, daß nun eine Investitionsblase drohe. Das rasante chinesische Wirtschaftswachstum der letzten Jahre sei somit ein Ergebnis des ungebremsten Booms auf den Kreditmärkten. Der chinesischen Zentralbank sei es nicht gelungen, die politische Führung davon zu überzeugen, daß der Wechselkurs flexibler sein müsse. Dies wäre sinnvoll gewesen, um die aggregierte Nachfrage zu drosseln (vor allem über einen Rückgang der Exporte) oder die Zinsen steigen zu lassen. Auf diese Weise hätte das exzessive Wachstum der Investitionen eingedämmt werden können.

Nach Lardy hat die Führung in Peking durch die expansive Geldpolitik und die Verweigerung einer Anpassung der Wechselkurse maßgeblich beigetragen zur Überhitzung der chinesischen Wirtschaft und zum erwarteten Anschwellen fauler Kredite und damit zur Verschärfung der Probleme im chinesischen Bankensektor insgesamt.

Diese Probleme wiederum stünden im Widerspruch zu dem Ziel der Regierung, den Kapitalstock der chinesischen Banken zu erhöhen. Da dies zentrale Voraussetzung für eine vollständige Liberalisierung der chinesischen Kapitalmärkte und damit auch flexibler Wechselkurse sei, ist laut

Lardy der monetäre Stimulus ein zentraler Grund für die ausbleibende Anpassung des chinesischen Wechselkurses.

**Neil C. Hughes**, ehemaliger China-Experte der Weltbank, widerspricht Lardys These, daß die chinesische Währung strategisch unterbewertet und insofern für das massive Handelsbilanzdefizit der USA mit China mitverantwortlich sei. **Albert Keidel** unterstützt Hughes in dieser Annahme in einem Arbeitspapier des Carnegie Endowment mit dem Titel »China's Currency: Not the Problem«. In beiden Artikeln ist das Argument zentral, daß vor allem ausländische Währungsspekulanten, die auf eine Aufwertung des Yuan zielen, die chinesische Währung unter Druck setzen.

In der Juli/August-Ausgabe von *Foreign Affairs* führt Hughes aus, daß nach Angaben der chinesischen Regierung allein in den ersten neun Monaten 2004 etwa 120 Mrd. US-Dollar aus nicht genau bekannten Quellen nach China geflossen seien. Diese Gelder seien nicht von den Kapitalverkehrskontrollen auf dem chinesischen Kapitalmarkt erfaßt worden. Die chinesische Zentralbank sehe sich gezwungen, dieses ausländische Kapital aufzukaufen, um die Anbindung des Yuan an den Dollar zu verteidigen. Dadurch hätten sich die ausländischen Währungsreserven der chinesischen Zentralbank im Jahr 2004 um 206 Mrd. US-Dollar erhöht. Es sei also dieses spekulative Kapital – und nicht die Handelsüberschüsse mit den USA –, das die Währungsreserven Chinas in die Höhe trieben. Insofern seien die hohen Währungsreserven auch kein Ausdruck eines zu niedrigen Wechselkurses. In der letzten Zeit sei der Zufluß ausländischen Kapitals nach China wieder abgeebbt, da die chinesische Zentralbank bereit scheint, den Wechselkurs weiter zu verteidigen. Ohne die Aussicht auf baldige Abwertung der Währung lohne es sich nicht, gegen den Yuan zu spekulieren.

Keidel führt zusätzlich an, daß die chinesischen Währungsreserven abzüglich der sogenannten *hot funds*, also des spekulativen Kapitals, im internationalen Vergleich

nicht einmal besonders groß seien. Ohne dieses Kapital wären die chinesischen ausländischen Währungsreserven relativ zu den Importen sogar geringer als jene in Japan, Südkorea und Indien.

Ein zweites wichtiges Argument Keidels ist, daß China zwar gegenüber den USA einen massiven Handelsüberschuß aufweise, daß aber die chinesische Handelsbilanz insgesamt nur leicht im Überschuß sei. Wird der chinesische Handel mit den USA aus der Handelsbilanz herausgerechnet, habe China mit den restlichen Ländern der Welt sogar ein Handelsbilanzdefizit. Daran zeige sich, daß der Handel zwischen zwei Ländern keine Aussagen über angemessene Wechselkurse zulasse. Der wichtigere Indikator sei die globale Handelsbilanz eines Landes.

Warum weist China bei seinem immensen Handelsüberschuß mit den USA nur einen relativ geringen globalen Handelsüberschuß auf? Laut Keidel liegt dies vor allem daran, daß ein wesentlicher Teil der chinesischen Exporte eigentlich Re-Exporte von Waren sind, die China aus Ländern wie Japan, Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Indonesien und Indien importiere. Durch diesen Re-Export-Handel ergebe sich für China zwar mit den USA ein massiver Handelsüberschuß, mit dem Rest der Welt jedoch ein Handelsdefizit.

Hughes argumentiert zudem, daß die Beibehaltung der Anbindung an den Dollar vor allem dem Stabilitätsziel geschuldet sei. Das Primat der Stabilität in der chinesischen Politik sei auch nach der Asienkrise erkennbar gewesen, als die chinesische Regierung nicht, wie andere asiatische Länder, ihre Währung abgewertet habe. Damit habe China kurzfristig einen Rückgang der Exporte hingenommen, um langfristig die Währung stabil zu halten.

Insgesamt gelangt Hughes zu der Einschätzung, daß die meisten Vorwürfe, mit denen China konfrontiert werde, weniger auf unfaire Handelspraktiken des Landes als vielmehr auf die wachsende Sorge externer Beobachter und Akteure über Chinas

aufsteigende Wirtschaftsmacht zurückzuführen sind.

## Die USA im Blickpunkt Chinas

Die Amerikaner beobachten mit Sorge den globalen Machtzuwachs Chinas. Umgekehrt hat auch China die Hegemonialmacht USA fest im Blick. **Peter Hay Gries**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Colorado in Boulder und Direktor des Sino-Amerikanischen Sicherheitsdialoges, beschäftigt sich in der Sommerausgabe von *Orbis* mit der chinesischen Sicht auf die US-Außen- und -Sicherheitspolitik. In seinem Artikel »China Eyes the Hegemon« stellt er dar, daß sich ein Großteil der chinesischen Analysten sehr besorgt zeigt über die unilateralen Tendenzen in der amerikanischen Außenpolitik. Sie befürchteten, daß die derzeitige chinesisch-amerikanische Kooperation nur von kurzer Dauer sein könnte. Die Spannungen zwischen den USA und China könnten nach ihrer Einschätzung in naher Zukunft dann wieder zunehmen, wenn die USA nicht mehr auf die Hilfe Chinas im Anti-Terror-Kampf angewiesen sind.

Chinas US-Politik sei derzeit von unterschiedlichen Ansätzen geprägt. Das Kooperieren mit einem mächtigeren Akteur (*bandwagoning*) sei einer dieser Ansätze. Er komme vor allem in der chinesischen Kooperation mit den USA im globalen Kampf gegen den Terror zur Geltung. Gleichzeitig versuche China über die UN seine Verhandlungsmacht gegenüber den USA zu stärken (*bargaining*), etwa durch die Androhung, amerikanische Vorhaben in der UN nicht zu unterstützen. Ein weiteres chinesisches Ziel sei es, der unilateralen amerikanischen Ausübung militärischer Macht durch die Einbindung in internationale Organisation entgegenzuwirken (*binding*). Als größtes Hindernis für die Entwicklung eines asiatischen Regionalismus und damit für die Schaffung eines Gegengewichts zur Macht der USA (*buffering*) sieht der Autor die chinesisches-japanischen Spannungen.

Gries ruft die USA dazu auf, die Bedenken Chinas gegenüber der militärischen Macht der USA und gegenüber dem Einsatz dieser Macht in Konflikten ernst zu nehmen und ihnen entgegenzuwirken. Nur so könne eine friedliche Koexistenz der beiden Mächte gewährleistet werden.

## Besprochene Aufsätze

- Bremmer, Ian**, The Dragon Awakes, in: *National Interest*, 61 (Mai/Juni 2005) 3, S. 52–59
- Fukuyama, Francis**, Re-envisioning Asia, in: *Foreign Affairs*, 84 (Januar/Februar 2005) 1, S. 75–87
- Hays Gries, Peter**, China Eyes the Hegemon, in: *Orbis*, 49 (Sommer 2005) 3, S. 401–412
- Hughes, Neil C.**, A Trade War with China?, in: *Foreign Affairs*, 84 (Juli/August 2005) 4, S. 94–107
- Kaplan, Robert D.**, How We Would Fight China, in: *The Atlantic Monthly*, 295 (Juni 2005) 5, S. 49–64
- Keidel, Albert**, China's Currency: Not the Problem, in: *Carnegie Endowment, Policy Brief*, 39 (Juni 2005), <<http://www.carnegieendowment.org/files/PB39.Keidel.FINAL.pdf>>
- Lardy, Nicholas R.**, Exchange Rate and Monetary Policy in China, in: *The Cato Journal*, 25 (Winter 2005) 1, S. 41–47, <<http://www.cato.org/pubs/journal/cj25n1/cj25n1-6.pdf>>
- Mistry, Dinshaw**, Nuclear Asia's Challenges, in: *Current History*, (April 2005), S. 176–182
- Shambaugh, David**, The New Strategic Triangle: U.S. and European Reactions to China's Rise, in: *The Washington Quarterly*, 28 (Sommer 2005) 3, S. 7–25
- Wu, Anne**, What China Whispers to North Korea, in: *The Washington Quarterly*, 28 (Frühjahr 2005) 2, S. 35–48

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6380